

# CDU-News aus dem Bonner Rathaus



## Das WCCB wird endlich fertiggestellt

Das Kongresszentrum war einer der dicksten Brocken, die die schwarzgrüne Koalition schultern musste. **Nachdem Ex-OB Dieckmann der Stadt in dieser Frage ein regelrechtes Trümmerfeld hinterlassen und ihr Nachfolger Nimptsch das Projekt fast vor die Wand gefahren hatte, ist durch den Kurs der Koalition ist die Fertigstellung des Konferenzzentrums jetzt absehbar.** Die Bestellung der Generalunternehmer ist durch, jetzt geht es auf der Baustelle mit Volldampf voran. Wir sind optimistisch, dass mit Beginn des kommenden Jahres die ersten Kongresse im WCCB stattfinden werden.

OB Nimptsch hatte den Grundsatzbeschluss des Rates zunächst beanstandet, sich dann dem Kurs der Koalition angeschlossen. Allein dadurch waren der Stadt Millionen-summen an Beraterkosten erspart geblieben. Auch bei der übrigen Finanzierung der Fertigstellung des Konferenzzentrums hatte die Koalition das von Nimptsch vorgeschlagene Budget drastisch begrenzt. Wir sehen uns auch zukünftig in der Pflicht beim WCCB jeden Euro zweimal umzudrehen.



Wichtig war der Koalition die Bedeutung der Konzertfähigkeit des großen Konferenzsaales, der zum einen Ersatzspielstätte gebraucht wird, wenn die Beethovenhalle saniert wird, und zudem die Vermarktungsmöglichkeiten des Konferenzzentrums steigert. Die Vereinten Nationen (VN) bestehen auf die Teilungsmöglichkeit des Saales, was auch umgesetzt wird.

Der Ratsbeschluss zum Verkauf des WCCB-Hotels an Haas / Marriot ist erforderlich für einen erfolgreichen Betrieb des Konferenzzentrums. Wir sehen noch die Möglichkeit für die Fertigstellung des Hotels in 2015, obwohl auch dieser Prozess mit gewissen Verzögerungen behaftet ist.



- [Die CDU-Kandidaten](#)
- [Das CDU-Kommunalwahlprogramm](#)

Unsere Themen:

- > Fertigstellung WCCB
- > Kulturelle Nutzung Alter Schlachthof
- > Spoelgen disqualifiziert sich
- > Fahrradhauptstadt – Kritik an SPD



### Alter Schlachthof: Ja zur kulturellen Nutzung



Vor fast zwei Jahren wurde die Verwaltung durch Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsförderung vom (DS-Nr.: 1211733) beauftragt, eine Konzeption für die Folgenutzung und die städtebaulichen Perspektiven für das Gelände „ehemaligen Schlachthof“ sowie ihre Bemühungen zur Veräußerung des Geländes darzustellen.

Seit dieser Zeit bemühen sich die Investoren ihr „Kompetenzzentrum für Veranstaltungen“ am Alten Schlachthof zu verwirklichen. Unter Zusammenführung verschiedener Partner wird das Kompetenzzentrum u. a. die Errichtung einer modernen Veranstaltungshalle sowie deren Betrieb, Schulungs- und Bildungsangebote, Arbeits- und Ausbildungsplätze im Veranstaltungsbereich und die Ansiedlung internationaler Verbände, Arbeitsgruppen und neuer Betriebe umfassen. Das kulturelle Profil, das sich auch die Förderung der lokalen Musikszene auf die Fahnen schreibt, würde hervorragend in die Bonner Wirtschaftslandschaft passen.



Dazu erklären die **Planungssprecher der Koalition Wilfried Reischl (CDU) und Hardy Lohmeyer (GRÜNE)**: „Wir wollen nun neuen Schwung in die Diskussion bringen und die Investoren bei Ihren Bemühungen unterstützen. Dazu soll die Verwaltung im nächsten Planungs- und Wirtschaftsausschuss die Ergebnisse des sogenannten Störfallgutachtens (SWB) vorstellen, das die Verträglichkeit von Ansiedlungen im nahen Umfeld der Müllverbrennungsanlage klärt. Außerdem soll über den aktuellen Sachstand der Gespräche mit den Investoren für das „Kompetenzzentrum für Veranstaltungen“ und den Vertretern von NEWest berichtet werden. Dazu sollen auch die Beteiligten in den Ausschuss geladen werden“.

Auf der Grundlage der vorgelegten Planungen der Investoren muss dann schnellstmöglich ein Wertgutachten für das Grundstück „Alter Schlachthof“ erstellt werden und den Investoren die weiteren planungsrechtlichen Schritte samt Zeitplan aufgezeigt werden.



Der örtliche Stadtverordnete Rolf Beu (GRÜNE) und der **kulturpolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion Markus Schuck**

**und sein wirtschaftspolitischer Kollege Guido Déus** ergänzen: "Wir sind uns mit der Initiative NEWest einig, dass das Gebiet rund um die Immenburgstraße über das Potenzial einem innovativen, multi-funktionalen Viertel zum Kult-Status verfügt. Die Unternehmen haben innerhalb der Arbeitszusammenhänge ihre Aufgaben erledigt. Ich bin gespannt, ob das auch für den Oberbürgermeister und sein Planungsdezernat gilt..."



Der SPD Kandidat für den Wahlbezirk Enderich und Bezirksverordneter in der Bezirksvertretung Bonn, Rechtsanwalt Herbert Spoelgen von der SPD, erdreistete sich, nichtöffentliche Verwaltungsvorlagen ins Internet (Enderich Online) zu stellen. So geschehen mit der Beschlussvorlage zum Abschluss eines Mietvertrages zum Paulusheim, in dem etwa 100 Flüchtlinge untergebracht werden sollen.

Aus billigem Populismus und Wahlkampfaktivitäten werden hier Daten zu Vertragsverhandlungen veröffentlicht, die - wie bei der Rochusstraße geschehen - zu erheblichen Schädigungen der Stadt führen können. Das Objekt Rochusstraße steht für Flüchtlingsunterbringungen deshalb nicht mehr zur Verfügung, weil die Kaufabsicht und Mietvorstellungen durch Indiskretionen bekannt geworden sind und dadurch der Preis erheblich in die Höhe getrieben wurde. Leider hatte die Verwaltung aber auch keine vorvertraglichen Regelungen getroffen. Hiermit wurde der Stadt und den Flüchtlingen ein Bärendienst erwiesen.

Mit seiner Veröffentlichung hat Spoelgen gegen die Gemeindeordnung verstoßen und muss mit entsprechenden Konsequenzen rechnen, die das Rechtsamt derzeit prüft. Als Jurist war ihm aber die Tragweite seines Handelns bewusst. Auf Intervention des Ratsbüros wurde die Seite inzwischen im Internet gelöscht.



"Wer so mit vertraulichen Unterlagen schon als Kandidat umgeht, hat sich disqualifiziert und sollte seine Stadtratskandidatur überdenken", kritisiert **Georg Fenninger**, Fraktionsgeschäftsführer der CDU, das Verhalten. Der Oberbürgermeister wurde um Prüfung und Ahndung des Vorgangs gebeten.

## Fahrradhauptstadt—Kritik an SPD

Zum Rats-Antrag der SPD-Fraktion ("Bonn fahrradfreundlich gestalten – vorhandene Mittel sinnvoll nutzen") erklären die **Planungssprecher der Koalition Wilfried Reischl (CDU) und Hardy Lohmeyer (GRÜNE)**:

„Der Antrag spricht von völliger Sachunkenntnis im Bereich Radverkehrsförderung. Und dies obwohl alle notwendigen Maßnahmen ja in aller Breite im fachlich und sachlich völlig unstrittigen Strategiekonzept für die Fahrradhauptstadt 2020, das ausführlich im Planungsausschuss diskutiert wurde, klar präzisiert sind.

Die Koalition hat in ihren Haushaltsberatungen für alle Maßnahmen bis 2020 die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Es hapert lediglich an der Umsetzung der Beschlüsse durch den Oberbürgermeister. Die Radförderung interessiert ihn nicht. Und deshalb wird diese nicht nur als permanente Quelle für finanzielle Kürzungsvorschläge missbraucht, sondern werden Beschlüsse der Ratsmehrheit auch einfach boykottiert und auf die lange Bank



geschoben. Bonn könnte schon viel weiter sein, beispielsweise mit dem Ausbau des Netzes von Fahrradstraßen im Stadtgebiet oder die Einführung eines stadtweiten Fahrradverleihsystems. Und dies wäre auch bitter nötig wie das von der Stadt in Auftrag gegebene Integrierte Klimaschutz- und Anpassungskonzept aufzeigt. Die konsequente Förderung des Radverkehrs ist der wichtige Schritt zur Umsetzung der Klimaziele durch Reduktion des Co2-Ausstoßes im Verkehrsbereich.

Es verwundert nicht, dass sich die Bonner Sozialdemokraten der Praxis ihres Oberbürgermeisters anschließen. Mit ihrem Schauantrag versucht die SPD-Fraktion nun sich aus der Formulierung ihres Wahlprogramms „Fahrradhauptstadt überdenken“ zu retten. Die Annahme ihres Antrages würde im Ergebnis eine KÜRZUNG der Radverkehrsförderung bedeuten. Dies werden wir nicht mittragen."





**Sind Ihnen die Namen der Bonner CDU-Stadträte bekannt?**

**Oder kennen Sie gar ihre Gesichter?**

Als Stadträte beraten wir Woche für Woche wichtige Fragen, die unter anderem die Zukunft der Bundesstadt Bonn gestalten sollen. Auch Sie als Bürger sind hiervon betroffen. Wir wollen deshalb ganz bewusst den Menschen hinter dem politischen Ehrenamt mit seinen individuellen Fähigkeiten und Interessen zeigen, damit Sie sich ein "Bild" machen können.

Die CDU-Fraktion im Rat der Bundesstadt Bonn ist mit **27 Ratsmitgliedern die stärkste Fraktion**. Wir sind bei unserer kommunalpolitischen Arbeit für Bonn auf Ihr Mitwirken angewiesen, damit wir unsere christdemokratischen Vorstellungen verwirklichen können. Und dies immer zum Wohle der Bonner Bürgerinnen und Bürger.

**Lernen Sie uns online kennen!**



Altes Rathaus am Markt  
53111 Bonn  
Tel.: 0228 77 3810  
Fax: 0228 77 2047

**Internet:**  
[www.cduratsfraktion-bonn.de](http://www.cduratsfraktion-bonn.de)  
**E-Mail:**  
[cdu.ratsfraktion@bonn.de](mailto:cdu.ratsfraktion@bonn.de)



## Impressum und weitere Informationen



Sie können unseren CDU-Newsletter **hier jederzeit wieder abbestellen**.

Besuchen Sie auch unser Internetangebot unter [www.cduratsfraktion-bonn.de](http://www.cduratsfraktion-bonn.de)

Dort finden Sie u. a alle Informationen zur CDU-Ratsfraktion Bonn und Ihre CDU-Mitglieder.

Sie finden auch thematische Aussagen zu vielen kommunalpolitischen Themen in Bonn.

Wir freuen uns auf ihren Besuch!

**Verantwortlich:**  
Georg Fenninger,  
Fraktionsgeschäftsführer

**Redaktion:**  
Ulrich Fromm,  
Fraktionsreferent  
und Webmaster